

**Rhein-Zeitung**  
und ihre Heimatausgaben

Rhein-Zeitung  
Kreis Neuwied  
Samstag,  
12. Dezember  
2020  
Seite 14

Samstag, 12. Dezember 2020, Rhein-  
Zeitung Kreis Neuwied, Seite 14

# Die VG Puder- bach ist nun ein sicherer Hafen

Von unserem Redakteur Lars Tenorth





Zwei afghanische Familien sind im Dezember 2020 bei kaltem Wetter in Bosnien unterwegs, während sie versuchen, den Westen zu erreichen. Nun bekennt sich auch die VG Puderbach dazu, im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten ein sicherer Hafen für Geflüchtete zu sein.

Foto: dpa/Marc Sanye

Ratsmitglieder stimmen mehrheitlich für den Antrag der Grünen – Kurze Diskussion – 46 Flüchtlinge

VG Puderbach. Zwar herrschte bei allen Fraktionen im September im Kreistag Einigkeit darüber, dass Menschen auf der Flucht vor Krieg und Notlagen nicht im Mittelmeer ertrinken dürfen. Dennoch sprach sich eine breite Mehrheit dagegen aus, sich als Kreis dem bundesweit anwachsenden Bündnis „Seebrücke – Sicherer Hafen“ anzuschlie-

ßen und damit den Kreis zum sicheren Hafen zu erklären. Der Antrag der Linken und Grünen wurde abgelehnt, dies löste breites Unverständnis aus. Dass es auch anders geht, beweist nun die Verbandsgemeinde Puderbach.

Die Ratsmitglieder haben dem Antrag der Grünen mehrheitlich bei insgesamt zwei Gegenpositionen zugestimmt, die Verbandsgemeinde Puderbach zum sicheren Hafen zu machen. In dem Antrag, den Sabine Knorr-Henn von den Grünen vortrug, heißt es in der kurz vor der Abstimmung leicht geänderten Fassung: „Wir wollen auch weiterhin unser Möglichstes tun, so wie es auch andere Kommunen machen, die sich zum sicheren Hafen erklärt haben, Geflüchteten Schutz zu geben, Hilfe zu leisten und sie bei uns freundlich aufzunehmen.“

Um diesen Passus gab es eine kurze Diskussion, denn statt Geflüchtete hieß es vorher asylsuchende Flüchtlinge, es keimte Kritik auf. Grundsätzlich werden im Alltagssprachgebrauch Asylsuchende oft schlicht als Flüchtlinge, obwohl sie im juristischen Sinn keine sind (die ausführlichere Erklärung gibt es im Infokasten), bezeichnet. Doch zu lange wollten sich die VG-Ratsmitglieder damit nicht aufhalten und einigten sich dann auf Geflüchtete.

Mit der Zustimmung des Antrags erklärt sich die VG zudem bereit, Geflüchteten im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten auch zukünftig Wohnraum, Versorgung und Integrationshilfe zu gewähren, gegebenenfalls auch über die landesweite Verteilungsquote hinaus. Aber mit dem Antrag möchte die VG nun auch die Bundesrepublik und die EU mehr in die Pflicht nehmen. In diese Kerbe

schlug Jochen Bülow (Die Linke) in seiner Argumentation. Ihm reichen die Maßnahmen nicht aus, um Menschen im Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten: „Es wird zu wenig getan, um die Zahlen zu reduzieren.“ Er findet es wichtig, durch die Absichtserklärung den politischen Druck auf die Bundesregierung und die EU zu erhöhen. Ulrich Neitzert (FWG) fühlt sich in dem Kontext „alleingelassen von der EU, von staatlichen Organisationen und dem Bund“.

## **Den Druck auf die EU erhöhen**

Diese Punkte heben die Grünen deutlich in ihrem Antrag hervor: „Gleichzeitig fordern wir aber nachdrücklich insbesondere auch die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU auf, ihre Anstrengungen massiv zu erhöhen, um den geflüchteten und weiterhin flüchtenden Menschen endlich zu ermöglichen, in Frie-

den und ohne Bedrohung durch Hunger in ihrem Heimatländern leben zu können.“ Der stark ansteigende Strom von Flüchtlingen ist ansonsten auf Dauer durch die Kommunen nicht adäquat zu bewältigen, heißt es.

In ihrer Begründung für den Antrag blickte Sabine Knorr-Henn vor allem auch auf den bisherigen Umgang mit der Flüchtlingswelle in der VG Puderbach zurück und richtete den Blick in die Gegenwart. Von 2015 bis 2018 hatte die VG rund 180 Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten aufgenommen. Dabei wurden diese dezentral untergebracht, was laut Knorr-Henn integrationsfördernd wirkte. In der Nachbarschaft fanden sich Paten, die ein Einleben der Migranten erleichterten, betont sie: „Die Nachbarn merkten, da wohnen jetzt Menschen, denen muss man helfen.“ Nachbarn begleiteten Geflüchtete zu Arztbesuchen oder zu not-

wendigen Behördengängen und gaben Tipps für den Einkauf. Für besonders bedeutend hält sie auch die zahlreichen Sprachkurse, die eine bessere Kommunikation ermöglichen.

Heute ist die Situation eine andere, die Anzahl der in der VG Puderbach gemeldeten Flüchtlinge, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Leistungen erhalten, liegt derzeit bei 46. „Die Zahl der beim Jobcenter gemeldeten Flüchtlinge lässt sich dort nur für den Kreis Neuwied feststellen“, erklärt Volker Mendel, Puderbachs VG-Bürgermeister. Er zeigt sich alles in allem zufrieden mit der aktuellen Lage, wie er im Vorfeld der Sitzung der RZ mitteilte: „Viele der hier aufgenommenen Asylbewerber beziehungsweise Flüchtlinge leben bereits seit mehreren Jahren in der VG Puderbach, die zum Teil nach Sprachförderung und Integra-

tionsfördermaßnahmen auch in Arbeit oder Ausbildung eingemündet sind. Sie leben dezentral in angemieteten Wohnungen und nehmen am gesellschaftlichen Leben teil.“ Natürlich, so gibt auch Knorr-Henn zu, habe die Integration nicht bei allen funktioniert, insgesamt aber gut geklappt. Auch Mendel habe überwiegend positive Erfahrungen mit Flüchtlingen gesammelt.

## **Lage durch Corona schwieriger**

Dem Antrag der Grünen stimmte Mendel zu, sagte bereits vorab dazu, dass dieser ein Bekenntnis zur Menschlichkeit ist und dass Hilfe in der Not und in der Krise mehr als selbstverständlich sein sollte. Diese Erklärung ist laut Mendel ein klares Signal an all die, die diese Rechte und Haltungen in Abrede stellen. Vor allem lobt er in dem Kontext das Engagement der Helfer in der VG, das unter anderem auch in Geld-,



Sachspenden und Fahrdiensten mündete und zu einer Willkommenskultur führte.

Bülow erklärte dazu passend in der Sitzung, dass sich aber auch zum Teil eine Überforderung bei den freiwilligen Helfern einstellte. Es gab damals im Zuge des Flüchtlingsstroms zahlreiche Baustellen. Derzeit ist es wegen Corona nicht einfach, wie Knorr-Henn unterstich. Denn es fielen Sprachkurse aus, und das soziale Leben stagnierte, auch mit Einfluss auf die Integration von Flüchtlingen.

Trotz allem, gerade auch im Hinblick auf die Problematik rund um das abgebrannte Flüchtlingslager Moria oder das Ersatzlager Kara Tepe auf Lesbos, ist es den Grünen umso wichtiger, klare Kante zu zeigen – so beendete Sabine Knorr-Henn auch ihre Begründung für den Antrag: „Migration ist ein Menschenrecht und Seenotrettung eine

Pflicht.“ Deutlich mehr als 200 sichere Häfen gibt es bundesweit bereits. Auch Volker Mendel betont generell: „Wichtig ist, sich zur Hilfe für den Nächsten zu bekennen und zu helfen, wo Hilfe benötigt wird.“

## **Unterschied zwischen Flüchtlingen und Asylsuchenden**

Zwischen beiden Begriffen gibt es im juristischen Sinn feine Unterschiede. Asylbewerber, also auch Asylsuchende genannt, sind im juristischen Sinn keine Flüchtlinge. Denn Asylbewerber sind grundsätzlich Personen, die zwar schon einen Asylantrag gestellt haben, aber über den noch nicht entschieden wurde. Wird diesem stattgegeben, zählt die Person zur Gruppe der Asylberechtigten. Wenn die Entscheidung nicht positiv ausfällt, ist von einem abgelehnten Asylbewerber die Rede. Dagegen ist ein Flüchtling im juristischen Sinn ein Mensch, der laut der

Genfer Flüchtlingskonvention etwa aus der begründeten Furcht vor Verfolgung etwa wegen der Ethnie oder Religion sich außerhalb des Landes aufhält, dessen Staatsangehörigkeit dieser hat. Wenn ein Fluchtgrund als relevant bewertet wird, kann daraus eine Anerkennung als Flüchtling resultieren.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.